

**Präs'inBVerwG Marion Eckertz-Höfer**  
**Grußwort**

**Die vergessene Aufarbeitung**  
**60 Jahre HASAG-Prozesse in Leipzig**  
**- Prozesse um die nationalsozialistischen Verbrechen**  
**in Kamienna und Czestochowa -**  
**30. September 2009**

Sehr geehrte Frau Dr. Lorz, meine geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich, Sie in den Räumen des Bundesverwaltungsgerichts begrüßen zu dürfen. Als mir vor einigen Monaten der Förderverein „Dr. Margarete Blank“ vorschlug, hier, in diesem Gebäude an die HASAG Prozesse zu erinnern, erfuhr ich zum ersten Mal, dass das Landgericht Leipzig in den Jahren nach dem Krieg dieses Gebäude kurzzeitig genutzt hat. In diesem Gebäude des ehemaligen Reichsgerichts fand vor 60 Jahren die Verhandlung des Landgerichts Leipzig in den Strafverfahren gegen Angestellte der HASAG im sog. Tschenschow-Verfahren statt.

HASAG – das war die „Metallwarenfabrik Hugo Schneider AG“ – Stammsitz in Leipzig. Kaum jemand kann heute mit dem Namen noch etwas anfangen. Wieso ist schwer erklärlich. Auch bei der HASAG ging es nach dem Krieg um die Aufarbeitung der Verflechtung von Industrie und NS-Regime. Nicht anders als bei den IG Farben. Deren Verstrickung in den Vernichtungsapparat des NS-Regimes allerdings ist seit den Nürnberger Prozessen wohl jedermann ein Begriff. Nicht nur das, es gibt auch heute noch eine Abwicklungsgesellschaft der IG Farben, deren Aktien sogar noch börsennotiert sind. Demgegenüber scheint die HASAG vergleichsweise lautlos aus dem Bewusstsein der Bevölkerung verschwunden. Allenfalls den Sammlern von Starklichtpetroleumlampen dürfte sie noch ein Begriff sein: Die Vorkriegskonstruktion dieser Petroleumlampen wurde auch in der DDR zunächst unverändert weiter produziert. Erst im Jahr 1974 wurde die Marke „HASAG“ gelöscht.

Wenn heute an die HASAG-Prozesse erinnert werden soll, so geht es um die Entwicklung der HASAG seit Hitlers Machtergreifung: Ihren sog. „Aufstieg“ von der zivilen alteingesessenen Metallwarenfabrik in Leipzig zu einem der größten Rüstungsunternehmen des Dritten Reichs. Zu einem Unternehmen, das sich nicht nur zu einem

der größten Munitionslieferanten, sondern auch zum Entwickler und Großproduzenten der Panzerfaust entwickelte.

Ob mit ihrer Massenproduktion von Panzerfäusten das NS-Regime nur um Tage oder um Monate oder gar um mehr verlängert wurde, lässt sich heute nicht sagen. Aber es ist kaum zu bezweifeln, dass diese Rüstung dazu beitrug, den Krieg zu verlängern, und dass sie für den Tod unzähliger Menschen mit verantwortlich war. Die Unternehmensentwicklung der HASAG zum Rüstungskonzern war begleitet von skrupellosem Gewinnstreben. Die Gewinne wurden durch Sklavenarbeit erreicht, durch die menschenverachtende und deren Tod gezielt in Kauf nehmende Ausbeutung von Zwangsarbeitern. Schätzungen sprechen von mehr als 60 000 Zwangsarbeitern, die für die HASAG Frondienste leisten mussten. Die Expansion der HASAG fußte dabei auf enger Verknüpfung mit dem NS-Regime und der Finanzwelt. Solche Nähe zum Staat sicherte den steten Nachschub von Zwangsarbeitskräften, sie diente der Gewinnmaximierung.

Die Zustände in den berüchtigten Frauenlagern der HASAG scheinen vergleichsweise gut erforscht. In ihnen arbeiteten zwangsweise Russinnen, Polinnen, Tschechinnen und Frauen anderer Nationen. Unter ihnen jeweils in großer Zahl Jüdinnen - noch schlechter behandelt und mit noch geringeren Überlebenschancen als die anderen. Abgesehen von der Angst um das eigene Leben lebten die Zwangsarbeiterinnen in dem Bewusstsein, dass die von ihnen hergestellten Rüstungsgüter dazu bestimmt waren, gegen die eigenen Landsleute eingesetzt zu werden und sie – wenn gleich gezwungen und ohne Alternative – halfen, das Ende der Herrschaft der Nazis weiter hinauszuzögern. Dies vergrößerte das tägliche Leid.

Die Arbeitslager der HASAG forderten unzählige Todesopfer: Der Tod kam durch die überaus gefährlichen, den Tod oder schwere Verletzungen gezielt in Kauf nehmenden Arbeitsbedingungen, oder nach Selektionen und anschließenden Tötungen, dann aber auch noch während oder nach der Räumung der Lager zum Kriegsende auf den bekannt gewordenen Todesmärschen.

Wir können heute dankbar sein, dass die Prozesse um die HASAG schon kurz nach dem Krieg, in den Jahren 1948 und 1949, stattfanden. In diesen Prozessen wurden nicht nur wertvolle historische Befunde gesichert. Sie stellen darüber hinaus auch selbst ein bedeutendes Stück Rechtsgeschichte dar. Es ging in ihnen um die Außenlager der HASAG in Kamienna und Tschenschostochau. Das Landgericht Leipzig verurteilte damals die angeklagten Angestellten dieser Außenlager zu lebenslangen oder zeitigen Freiheitsstrafen, einige wenige auch zum Tode, einige wenige sprach es frei - aus Mangel an Beweisen.

Ich habe zwei der damaligen Urteile gelesen, die zusammen 45 Angeklagte betreffen. Anders als die berüchtigten Waldheimer Prozesse, deren Urteile nach der Vereinigung der beiden Deutschlands im Jahr 1991 aufgehoben wurden, weil sie rechtsstaatlichen Grundsätzen offensichtlich Hohn sprachen, halten die Urteile der Leipziger HASAG-Prozesse rechtsstaatlichen Kriterien ersichtlich stand. Im Jahr 1994 verwarf das Landgericht Leipzig einen Rehabilitierungsantrag und betonte dabei die Parallelen der Kamienna-Prozesse zu den Nürnberger Prozessen, soweit es um ihre Funktion als geschichtliche Aufarbeitung des unter der Nazi-Diktatur begangenen Unrechts ging.

Die im Dezember 2001 in Leipzig eingeweihte Gedenkstätte für die in Leipziger Rüstungskonzernen ausgebeuteten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter steht unter dem Motto „Erinnern für die Zukunft“. Dass zur Geschichte des Gebäudes, in dem wir uns hier befinden, nicht nur das Reichsgericht und auch dessen Verstrickung in den Nationalsozialismus gehört, sondern eben auch die HASAG-Prozesse des Landgerichts als Teil einer rechtsstaatlichen Aufarbeitung des Nationalsozialismus, gemahnt uns an den Wert und die Bedeutung einer Justiz, die sich dem Grundrechte schützenden Rechtsstaat verpflichtet weiß.

Es ist gut, dass wir uns 60 Jahre nach den HASAG-Prozessen – und im 60. Jahr nach Inkrafttreten des Grundgesetzes – gerade hier daran erinnern.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und ertragreiche Veranstaltung hier im Bundesverwaltungsgericht!